

Historische Wertewandelsforschung. Bilanz eines Forschungsprojekts

Veranstalter: Andreas Rödder / Bernhard Dietz, Historisches Seminar, Johannes Gutenberg-Universität Mainz; Christopher Neumaier, Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam

Datum, Ort: 13.12.2018–14.12.2018, Mainz

Bericht von: Stefan Boss, Neueste Geschichte, Historisches Seminar, Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Folgt man der sozialwissenschaftlichen Wertewandelsforschung, so waren die späten 1960er- und frühen 1970er-Jahre durch eine historisch einzigartige Verschiebung kollektiv akzeptierter Ordnungsvorstellungen in der westlichen Welt gekennzeichnet. An die Stelle des Strebens nach Wohlstand und sozialer Sicherheit seien in diesem Zeitraum „postmaterielle Werte“ wie Selbstverwirklichung und Mitbestimmung getreten (Ronald Inglehart). Aus pflichtbewussten, gehorsamen und auf Ordnung bedachten Bürgern seien emanzipierte und genussorientierte Verfechter von „Freiheits- und Selbstentfaltungswerten“ geworden (Helmut Klages).¹ In einem DFG-geförderten Projekt machte es sich eine Mainzer Forschungsgruppe unter der Leitung von Andreas Rödder zur Aufgabe, diese auf der Grundlage quantitativer Befragungen gewonnenen zeitgenössischen Befunde der Sozialwissenschaften aus historischer Perspektive zu hinterfragen. Handelte es sich bei dem sogenannten „Wertewandel“ tatsächlich um einen historisch singulären Vorgang, der einen Bruch mit den vorherrschenden gesellschaftlichen Leitbildern bedeutete? Wie lassen sich die Verschiebungen des Wertekanons um 1970 in längerfristige soziokulturelle Entwicklungen einordnen?

Auf einer Abschlussstagung sollte Bilanz gezogen werden über das von der Mainzer Gruppe erarbeitete Programm einer historischen Wertewandelsforschung, aus dem drei Habilitations- und drei Dissertationsprojekte hervorgegangen sind.² In drei thematisch orientierten Sektionen wurden die Ergebnisse der Teilprojekte vorgestellt. Darüber hinaus sollten in Diskussionsrunden zu den einzelnen Sektionen und einem eingehenden

Schlussgespräch die Ergebnisse der Teilprojekte durch die Frage nach übergreifenden Befunden zusammengeführt und ein Ausblick auf weiterführende Perspektiven der historischen Wertewandelsforschung gegeben werden.

In einem Einführungsbeitrag, in dem der übergeordnete konzeptionelle Rahmen des Forschungsprojekts skizziert wurde, wies ANDREAS RÖDDER (Mainz) auf den konstitutiven Zusammenhang zwischen (1.) diskursiv verhandelten Werten, (2.) sozialen Praktiken und (3.) institutionellen Rahmenbedingungen hin. Eine Untersuchung dieses Wirkungsgefüges, das Rödder in Anlehnung an den Sozialphilosophen Hans Joas als „Wertewandelsdreieck“ bezeichnete, trage der Ergebnisoffenheit gesellschaftlich-kultureller Entwicklungen Rechnung und ermögliche eine differenzierte Betrachtung wechselseitiger Abhängigkeiten und Beeinflussungen. Eine Fürsprecherin fand dieses heuristische Modell in FRIEDERIKE SÄTTLER (Frankfurt am Main), die hervorhob, dass es sich bei Veränderungen des Wertesystems nicht um zielgerichtet-lineare, sondern um kontingente Prozesse ohne vorbestimmten Ausgang handele. Ferner erläuterte Rödder den Standpunkt der Mainzer Gruppe, dass die Befunde der sozialwissenschaftlichen Wertewandelsforschung nicht unhinterfragt als historische Wissensbestände übernommen werden dürften. Neben die diachrone Untersuchung von Wertverschiebungen (1. Ordnung) müsse daher die Analyse der sozialwissenschaftlichen Forschung (2. Ordnung) treten, die ab den 1970er-Jahren selbst als Akteur in den öffentlichen Debatten aufgetreten sei. Die Ergebnisse von Inglehart und Klages seien somit auch als Quelle zeitgenössischer

¹ Vgl. dazu exemplarisch Ronald Inglehart, *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*, Princeton 1977; Helmut Klages, *Wertorientierungen im Wandel. Rückblick, Gegenwartsanalyse, Prognosen*, Frankfurt am Main / New York 1985.

² In einem Sammelband wurden 2014 bereits erste Ergebnisse des Mainzer Forschungsprojekts veröffentlicht. Vgl. Bernhard Dietz / Christopher Neumaier / Andreas Rödder, *Gab es den Wertewandel? Neue Forschungen zum gesellschaftlich-kulturellen Wandel seit den 1960er-Jahren (Wertewandel im 20. Jahrhundert, Bd. 1)*, München 2014.

Selbstbeobachtung und Selbstverständigung zu begreifen.

Die vielfältigen Verflechtungen der sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen mit den politischen Parteien und Verbänden der Bundesrepublik sowie daraus resultierende finanzielle und ideelle Abhängigkeiten betonte JÖRG NEUHEISER (San Diego), der in seinem Vortrag Einblicke in die „Evolution“ des noch laufenden Forschungsprojekts zum Einstellungswandel in der Arbeitswelt gewährte. Neben der Analyse zentraler gesellschaftlicher Debatten über Arbeitslosigkeit, Arbeitszeit und Arbeitsorganisation legte Neuheiser einen Schwerpunkt seiner Untersuchung auf betriebliche Fallstudien, um die soziale Praxis von Arbeit nicht aus dem Blick zu verlieren. Mit dem Hinweis auf weitreichende Kontinuitäten im betrieblichen Alltag und dem gesellschaftlichen Diskurs über Arbeit, die zum Teil bis in die Weimarer Republik zurückzuverfolgen seien, relativierte er die These eines Strukturbruchs um 1970. Vielmehr hob Neuheiser die Bedeutung der 1950er-Jahre hervor, die er als „Scharnier-Jahrzehnt“ bezeichnete, in dem es im Zusammenhang mit Debatten über die hohen Arbeitslosenzahlen, die Erwerbstätigkeit von Frauen und die Relevanz von Demokratie in Arbeitsprozessen zu wesentlichen Verschiebungen der Werteordnung gekommen sei.

Dagegen unterstrich BERNHARD DIETZ (Mainz) in seinem Vortrag über den „Aufstieg der Manager“ in der Bundesrepublik die zentrale Rolle der späten 1960er- und frühen 1970er-Jahre, die einen nachhaltigen Wandel normativer Konzepte von Arbeit, Leistung und Führung mit sich gebracht hätten. Er führte aus, wie deutsche Unternehmen und ihre leitenden Angestellten im Zuge der Wirtschaftskrise von 1966/67 zunehmend unter Beschuss gerieten. Während von außen Forderungen nach einer Humanisierung der Arbeitswelt laut wurden und die 68er-Bewegung an den Grundfesten des kapitalistischen Systems rüttelte, sei in Wirtschaftskreisen Kritik an den hergebrachten Führungskonzepten aufgekommen, die auf die Einhaltung hierarchischer Strukturen und die Autorität des „geborenen Unternehmers“ setzten. Dietz hob hervor, dass diese Distan-

zierung von den als nicht mehr zeitgemäß erachteten eigenen Leitbildern, die mit ökonomischen Argumenten begründet wurde, die entscheidende Triebfeder für Werteveränderungen darstelle. Auf der Grundlage des aus den USA stammenden Menschenbildes des „*self-actualisation man*“ seien in der Folge Prinzipien wie Mitbestimmung, Selbstverantwortung und Kreativität zu zentralen Idealen der Arbeitswelt erhoben worden.

Eine Abwendung von den Begriffen „Autorität“ und „Hierarchie“ auf der Ebene normativer Argumentationsstandards konstatierte auch SARINA HOFF (Mainz), die ihr Forschungsprojekt über Einstellungen zur Prügelstrafe an Schulen im Zeitraum von 1870 bis 1980 vorstellte. Im Mittelpunkt des Vortrags stand die Frage, warum sich die Forderungen nach einem Verbot körperlicher Züchtigung in den 1970er-Jahren flächendeckend durchsetzen konnten. Hoff betonte die lange Tradition gesellschaftlicher Debatten über eine Abschaffung der Prügelstrafe in Deutschland. So hätten zahlreiche Argumente, die von Gegnern körperlicher Strafen ins Feld geführt wurden, ihre Wurzeln bereits im frühen 20. Jahrhundert. Neben dem Aufstieg von Gewaltfreiheit zu einer allgemein anerkannten gesellschaftlichen Norm seien insbesondere Konzepte der Reformpädagogik und Psychologie von Bedeutung gewesen, die ein positives Kindesbild etablierten und die seelischen Gefahren körperlicher Strafen hervorhoben. Als ausschlaggebenden Faktor für den Durchbruch um 1970 kennzeichnete Hoff jedoch den Legitimationsverlust von Autorität, Gehorsam und Disziplin als Rechtfertigungsgründe für die Prügelstrafe. Als diese Argumente der Befürworter körperlicher Züchtigung weggebrochen seien, hätten sich deren Kritiker endgültig durchsetzen können.

Ebenfalls mit Entwicklungen innerhalb des deutschen Bildungswesens und Verbindungen zu zeitgenössischen gesellschaftlichen Leitbildern befasste sich ANNA KRANZDORF (Mainz), die nach den Ursachen für die Beharrungskraft des Fachs Latein über alle politischen und kulturellen Umbrüche des 20. Jahrhunderts hinweg fragte. Mangels eines unmittelbaren praktischen Nutzens für die Arbeitswelt stand das Schulfach unter einem besonderen Legitimationsdruck. Dies

habe zur Entwicklung vielfältiger Argumentationsstrategien geführt, die sich als außerordentlich anpassungsfähig erwiesen. Während die lateinische Sprache in der Nachkriegszeit zur „Spenderin ewig gültiger Werte“ stilisiert worden sei, die Deutschland vor einem erneuten Einfall der Barbarei bewahren könne, sei das Fach ab den 1960er-Jahren als Instrument der sozialen Distinktion, das der angestrebten Bildungsexpansion im Weg stehe, in die Kritik geraten. Kranzdorf zeigte auf, wie daraufhin das Argument entstand, das Fach Latein diene dem Abbau milieubedingter Sprachbarrieren und sei somit insbesondere für Schüler bildungsferner Schichten geeignet. Andere Begründungen des altsprachlichen Unterrichts wie die Auswahl begabter Schüler und die Elitenförderung verschwanden hingegen aus dem öffentlichen Diskurs, da sie nicht mehr als opportun erschienen.

Die Bedeutsamkeit von Sprache und semantischen Verschiebungen stand im Mittelpunkt des Vortrags von THERESIA THEUKE (Mainz). Im Rahmen ihres Dissertationsprojekts hatte Theuke den Wandel des Menschenwürdebegriffs im Kontext bioethischer Debatten über Abtreibung, Embryonenschutz, Stammzellenforschung und Präimplantationsdiagnostik von den 1970er- bis in die 2010er-Jahre untersucht. Von Beginn an hätten die Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik um die Frage einer möglichen Statusbestimmung des Embryos gekreist, wobei die Vorstellung von einer abgestuften Menschenwürde sukzessive an Popularität gewonnen habe. Mit Annäherung an die Gegenwart sei die Menschenwürde innerhalb der Debatten zur zentralen Kategorie avanciert, auf die sich neben den Verteidigern ungeborenen Lebens auch Frauen und Forscher beriefen, die ihr Recht auf Selbstbestimmung beziehungsweise Freiheit der Wissenschaft in Gefahr sahen. Der Begriff habe sich als interpretationsflexibles Argument erwiesen, auf das unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen rekurrten. Bezogen auf den Untersuchungszeitraum sei somit kein linearer Wandel des Menschenwürdebegriffs, sondern vielmehr ein stetiges Ringen um die Deutungshoheit festzustellen, das mit einer Pluralisierung der Bedeutungsvarianten einhergegangen sei.

Als permanenten Aushandlungsprozess in allen Phasen des 20. Jahrhunderts beschrieb CHRISTOPHER NEUMAIER (Potsdam) auch gesellschaftliche Debatten rund um das Thema Familie. Bisweilen hätten die Diskussionen um diese Sozialformation, die zugleich eine staatliche Institution und einen privaten Rückzugsraum darstelle, zu heftigen Kontroversen geführt. In Bezug auf die These eines beschleunigten Wertewandels ab der Mitte der 1960er-Jahre kam Neumaier zu ambivalenten Ergebnissen. So könne man zwar in Bezug auf den gesellschaftlichen Diskurs und die gesetzlichen Rahmenbedingungen durchaus von einer Zäsur um 1970 sprechen, die unter anderem in den Debatten über einen drohenden „Zerfall der Ehe“ und sinkende Kinderzahlen sowie in Reformen des Ehe- und Familienrechts zum Ausdruck gekommen sei. Allerdings habe sich die soziale Praxis familiären Zusammenlebens weniger stark gewandelt als der Blick auf die zeitgenössische Selbstwahrnehmung vermuten lasse. So seien traditionelle Familienmodelle weit verbreitet geblieben – auch in nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften. Insofern sei Klages' These von einem „Wertewandelsschub“ zwischen 1965 und 1975 zu relativieren, stellte Neumaier fest.

Wie sind die Befunde der sozialwissenschaftlichen Wertewandelsforschung aus den 1970er- und 1980er-Jahren also abschließend zu bewerten? Mit dieser Frage stieß Andreas Rödder am Ende der zweitägigen Veranstaltung eine rege Diskussion an. Auch wenn die Ergebnisse seiner Untersuchung die Bedeutung der späten 1960er- und frühen 1970er-Jahre für den Bereich der Wirtschafts- und Arbeitswelt unterstreichen, sprach sich Bernhard Dietz für eine entschiedene Abgrenzung von den Begriffen und Kategorien der zeitgenössischen sozialwissenschaftlichen Forschung aus. Als Meinungsfaktor und Spiegel gesellschaftlicher Debatten habe dieser notwendigerweise die kritische Distanz zu ihrem Untersuchungsgegenstand gefehlt. Das zeige sich etwa darin, dass die sozialwissenschaftliche Wertewandelforschung wie die um 1970 populär werdenden motivationstheoretischen Führungskonzepte von einem nach Selbstverwirklichung strebenden Individuum ausging. Den Siegeszug dieses

Menschenbildes gelte es jedoch zu historisieren und nicht unkritisch zu übernehmen, so Dietz. Konsens herrschte in Bezug auf die Ablehnung eines linear-teleologischen Verständnisses von „Wertewandel“, demzufolge die Entwicklungen um 1970 als „Schlussstein der Moderne“ zu deuten seien. Indessen betonte TORSTEN RIOTTE (Frankfurt am Main) die Prozesshaftigkeit soziokulturellen Wandels, die es unmöglich mache, von einem abgeschlossenen Vorgang zu sprechen. Auch seien Veränderungen gesellschaftlicher Leitvorstellungen nicht als „Einbahnstraße“ zu begreifen, die in eine bestimmte Richtung verlaufen, machte ISABEL HEINEMANN (Münster) deutlich. Vielmehr handle es sich um wellenförmige Entwicklungen, die durch Bewegungen und Gegenbewegungen gekennzeichnet seien.

Mit der Frage nach einem übergreifenden Narrativ, das die Ergebnisse der einzelnen Forschungsprojekte zusammenhält, setzte MANFRED HETTLING (Halle-Wittenberg) ein Diskussionsthema, das im Laufe der Tagung wiederholt aufgegriffen wurde. Während Hettling selbst die Individualisierung als übergeordnete Entwicklung ins Spiel brachte, verwies MARTINA STEBER (München) auf den Basisprozess der Demokratisierung, der viele der beschriebenen gesellschaftlich-kulturellen Veränderungen miteinander verbinde. Jörg Neuheiser zeigte sich solchen Metanarrativen gegenüber grundsätzlich skeptisch. Er sehe seine Aufgabe als Historiker eher darin, Meisterzählungen wie die Wertewandels-These zu dekonstruieren als sich auf die Suche nach neuen Überschriften zu begeben. Unterstützt wurde er von Isabel Heinemann, die auf die Gefahr hinwies, durch die Setzung sinnstiftender Narrative teleologische Geschichtsbilder zu bedienen.

In der Schlussdiskussion wurde auch die zentrale Bedeutung von Sprache für den Wandel gesellschaftlicher Ordnungsvorstellungen hervorgehoben. Die Ergebnisse der unterschiedlichen Tagungsbeiträge zusammenfassend stellte Andreas Rödder fest, dass die Verschiebungen des Wertesystems um 1970 mit einer Umkodierung von Sprache verbunden gewesen seien. Während bestimmte Begriffe wie „Autorität“, „Hierarchie“ und „Elite“ zunehmend in Verruf gerieten und somit ihren

Wert als Argumentationsgrundlage verloren, rückten andere Schlagwörter wie „Selbstverwirklichung“, „Mitbestimmung“ und „Chancengleichheit“ in den Mittelpunkt öffentlicher Debatten. Mit dem Blick auf die Ergebnisse ihrer eigenen Forschung bestätigte Martina Steber diese Tendenz. Sie stellte fest, dass sich in der jungen Bundesrepublik unter Konservativen ein Unbehagen an der eigenen Sprache entwickelt habe, was zu einer Suche nach neuen Begriffen und Konzepten geführt habe.

Auch wenn das Projekt im engeren Sinne mit der Abschlussagung ein Ende gefunden hat, bestand Einigkeit, dass weiterführende Forschungsarbeiten zum Wandel gesellschaftlicher Wertvorstellungen im 20. Jahrhundert lohnen würden. Ein Abschied von dem Label „Wertewandel“ könnte dazu beitragen, sich von der zeitgenössischen sozialwissenschaftlichen Forschung zu lösen, um den von der Mainzer Gruppe eingeschlagenen Weg hin zu einer ergebnisoffenen Auseinandersetzung mit dem Untersuchungsgegenstand ohne zeitliche Beschränkung auf die 1960er- und 1970er-Jahre fortzusetzen. Hinsichtlich der These eines beschleunigten soziokulturellen Wandels um 1970 konnte die Tagung zu einer differenzierten Betrachtung jenseits vereinfachender Pauschalurteile beitragen. So wurden zwar in Bezug auf einige Untersuchungsfelder wie Konzepte ökonomischer Führung, Einstellungen zur körperlichen Züchtigung sowie gesellschaftliche Debatten über Ehe und Familie deutliche Anzeichen einer Verschiebung der Werteordnung festgestellt. Demgegenüber stehen jedoch weitreichende Kontinuitäten in anderen Bereichen wie dem betrieblichen Alltag und dem öffentlichen Diskurs über Arbeit sowie der sozialen Praxis familiären Zusammenlebens. Durch dieses breite Spektrum empirisch abgesicherter Befunde und die Bereitstellung eines praxiserprobten theoretisch-methodischen Grundgerüsts stellt das Mainzer Projekt künftige geschichtswissenschaftliche Studien zum Wandel gesellschaftlicher Wertvorstellungen auf ein tragfähiges Fundament.

Tagungsprogramm:

Andreas Rödder (Mainz): Begrüßung und thematische Einführung

Sektion I: Arbeit und Wirtschaft

Moderation: Eva-Maria Roelevink (Mainz)

Bernhard Dietz (Mainz): Der Aufstieg der Manager. Wertewandel in den Führungsetagen der westdeutschen Wirtschaft, 1949-1989

Jörg Neuheiser (San Diego): Arbeitsethos zwischen Diskurs und sozialer Praxis. Evolution eines Projekts

Sektion II: Familie und Sexualität

Moderation: Isabel Heinemann (Münster)

Christopher Neumaier (Potsdam): Familie im 20. Jahrhundert. Konflikte um Ideale, Politiken und Praktiken

Theresia Maria Theuke (Mainz): Der Embryo und die Menschenwürde. Der Wandel des Menschenwürdebegriffs im Kontext bioethischer Debatten

Sektion III: Bildung und Strafe

Moderation: Torsten Rlotte (Frankfurt)

Anna Kranzdorf (Mainz): Bildungspolitik und gesellschaftlicher Wertewandel am Beispiel des Lateinunterrichts 1929-1980

Sarina Hoff (Mainz): Einstellung zur Prügelstrafe in Schulen in Deutschland 1870-1980

Schlussdiskussion

Moderation: Andreas Rödder (Mainz)

Tagungsbericht *Historische Wertewandelsforschung. Bilanz eines Forschungsprojekts*. 13.12.2018–14.12.2018, Mainz, in: H-Soz-Kult 23.03.2019.